



Vierteljähriger Abonnementsdruck in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal inkl. Posts 6 Mark 50 Pf. — Inscriptionen für den Raum einer sechsheligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Erscheinung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen an die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den in den Tagen zweimal erscheint.

Nr. 194. Mittag-Ausgabe.

Zweihundertsigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Mittwoch, den 27. April 1881.

Der Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen und das Verfahren der Wahlprüfungs-Commission.

Unser Berliner Correspondent berichtet:

Ob der Reichstag heute beschlußfähig war oder nicht, ist nicht zur Entscheidung gekommen, da außer über den Antrag auf Vertagung eine Abstimmung nicht stattfand. Die Interpellation Heyl über die Rheinreform gab einen reichlichen Stoff zum Reden. Ebenso der kurze Gesetzentwurf, der für die Verhandlungen des Elsaß-Lothringischen Landesausschusses die Deutlichkeit und die deutsche Geschäftssprache vorschreibt. Um 4^{1/4} Uhr wurde die Sitzung auf morgen vertagt. Vor der Festsetzung der Tagesordnung brachte der fortschrittliche Abgeordnete Gysoldt noch ein höchst auffälliges Verfahren der Wahlprüfungscommission vor. Diese hat vor den Ferien beschlossen, die Ungültigkeit dreier Mandate zu beantragen, des Ministers Friedenthal für Reichenbach-Neurode, des freiconservativen Erbprinzen Hohenlohe-Debringen für Rosenberg-Creuzberg und des conservativen Regierungspräsidenten von Schleemann für Tilsit-Niederland. Bisher galt es als selbstverständlich, die Berichte der Wahlprüfungscommission, sofern sie Ungültigkeit auch nur ernstlich in Frage kam, auf das Neuerste zu beschleunigen, weil jeder Abgeordnete nur bis zur Ungültigkeit seiner Wahl durch einen Reichstagsbeschluß an den Abstimmungen teilzunehmen berechtigt ist und weil auch die Wähler jedes Wahlkreises verlangen können, durch einen rechtmäßig gewählten Abgeordneten vertreten zu sein. Gysoldt monierte nun, daß bis heute die drei Berichte der Wahlprüfungscommission noch nicht gedruckt seien, wie verlaute, weil man erwartet habe, daß die betreffenden Abgeordneten ihr Mandat während der Ferien niederlegen würden. Verzögerung aus diesem Grunde würde entschieden Tadel verdienten. Demnach der Reichstag und die Wähler haben ein Recht darauf, zu erfahren, auf Grund welcher Thatsachen die Wahlprüfungscommission zu einem Votum auf Ungültigkeit gelangt ist. Der nat.-lib. Abg. Laporie, Mitglied der Commission, constatirte, daß alle drei Berichte von den Referenten gefertigt, bereits in den Akten lägen. Darnach scheint die Schuld auf dem noch nicht anwesenden Vorstandenden der Commission, dem zur deutschen Reichspartei gehörenden Generalstaatsanwalt v. Schwarze, zu liegen. Von jenen drei ungültig Gewählten hat Friedenthal bereits vor zwei Wochen das Mandat niedergelegt; eine gleiche Anzeige des Prinzen Hohenlohe hatte recht auffälliger Weise sein Vetter und Fraktionsgenosse, Fürst Hohenlohe-Langenburg heute — in der Tasche behalten. Herr v. Schleemann endlich, dessen Wahl wegen starker Beeinflussung der Wahl durch Beamte und Behörden von seinen fortschrittlichen Gegnern angefochten ist, scheint es auf die Entscheidung des Reichstags ankommen lassen zu wollen. Um so bedenklicher ist die Verzögerung der Berichterstattung.

Deutschland. O. C. Reichstags-Verhandlungen.

33. Sitzung vom 26. April.

1 Uhr. Am Tische des Bundesrates von Bötticher, von Mayr u. A. Die Bänke des Hauses sind mäßig besetzt.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf betr. Abänderungen von Bestimmungen des Gerichtsgerichtsgesetzes und der Gebührenordnung für die Gerichtsvollzieher, eine Denkschrift betr. das französische Gesetz vom 29. Januar 1881, betreffend die Handelsmarine, der Bericht der Reichsgerichtskommission, ein Gesetzentwurf betr. die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landshaushalts für Elsaß-Lothringen, ein Gesetzentwurf betr. die Abänderung der Gewerbeordnung und eine Zusammenstellung der aus der Liquidation der französischen Kriegsentschädigung im Etatjahr 1880/81 zu verrechnenden Beträge. Ein Schreiben des bissigen russischen Botschafters an das Präsidium spricht den Dank seines Souveräns für die Theilnahme aus, welcher der Reichstag durch seine Adresse an Se. Majestät den Kaiser anlässlich des Attentats vom 13. März Ausdruck gegeben hat. Der Abg. Dr. Friedenthal, dessen Mandat bekanntlich von der Wahlprüfungscommission für ungültig erklärt worden ist, legt sein Mandat nieder.

Nachdem eine ungewöhnlich lange Reihe von Urlaubsgesuchen genehmigt ist, tritt das Haus in seine Tagesordnung ein, deren erster Gegenstand die Interpellation der Abg. Heyl, Thilenius, Schröder, Reichenberger (Krefeld), Buhl und Bamberger, betr. die Lage der Untersuchung über den Zustand des Rheinstromes ist.

„Am 17. März 1880 beschloß der Reichstag in seiner 21. Sitzung auf Grund des Antrages der Abg. Heyl und Dr. Thilenius, „den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, er wolle eine auf Grund des Art. 4 Nr. 9 der Reichsverfassung zu berufende Commission von Sachverständigen mit der Untersuchung darüber betrauen, ob die seitens der Anwohner des Rheins, vieler Ortsvorstände rheinischer Gemeinden, der Centralcommission, der Schiffahrtsinteressenten, mehrere rheinische Handelsstämme und einer Anzahl ortsfundiger Wasserbausachverständiger über den Zustand des Rheinstromes geführten ersten Klagen berechtigt sind und in welcher Weise denselben Abhilfe zu leisten ist.“ — Die Unterzeichneten erlauben sich die Anfrage an den Herrn Reichsanwalt, ob die Erörterung der Vorschläge, welche seitens der zur Untersuchung der über den Zustand des Rheinstromes erhobenen Klagen von Reichs wegen berufenen Commission gemacht worden sind, nunmehr zu einer Entschließung über weitere Maßnahmen zur Ausführung des obigen Reichstagsbeschlusses geführt hat?“

Abg. Heyl: Die im Vorjahr auf Anregung des Reichstags niedergesetzte Commission zur Untersuchung der über den Zustand des Rheinstromes erhobenen Klagen hat allerdings Beschlüsse gefaßt, welche auf eine Verbesserung der sanitätlichen Interessen und der Interessen der Landwirtschaft mit denen der Schiffahrt hinzielen und deren Ausführung wohl einen großen Theil jener Beschwerden erledigen würde. Ihre Thätigkeit kann aber damit nicht als beendet angesehen werden. Ein Blick auf die Karte des Längenprofils des Rheins läßt sofort erkennen, daß die Strecke Mainz-Bingen eine in jeder Beziehung zusammenhängende ist, während die Commission nur die Strecke Mainz-Bingen zum Gegenstand ihrer Untersuchung gemacht hat. Die Beschränktheit in der Geschwindigkeit des Stromes macht es allein schon wünschenswert, daß die Commission die Verhältnisse im oberen Laufe des Rheins, besonders im Elsaß, einer sorgfältigen Prüfung unterzieht. In diesem Sinne bitten wir die Reichsregierung vorzugehen; außerdem würden wir eine nähere Auskunft über die seitens der Commission gefachten Beschlüsse.

Staatssekretär v. Bötticher: Der Vorredner hat es anerkannt, daß die Reichsregierung dem im Vorjahr vom Reichstag angenommenen Antrage dadurch Folge gegeben hat, daß sie eine Commission einsetzte, welcher die Untersuchung des Zustandes des Rheins, der zu mannigfachen Klagen Anlaß gegeben hatte, obliegen sollte. Diese Commission, unter dem Vorsteher eines Reichs-Commissionärs zusammengefaßt aus Vertretern der verschiedenen, an dem Strom beteiligten Bundesstaaten, sowie der bezüglich des Verkehrs auf dem Rhein in Betracht kommenden Interessenten, hatte bereits im Oktober ihre Arbeiten begonnen, und es ist ihr zur großen Befriedigung der Reichsregierung gelungen, auf der Strecke zwischen Mainz und Bingen ein Einverständnis der Interessenten über dasjenige herbeizuführen, was zur Verbesserung des Zustands auf dem Rhein dienen kann. Man ging auf einen schon 1873 aufgestelltes Regulierungsprojekt zurück, dessen Ausführung seiner Zeit erhebliche Bedenken entgegengestanden hatten, die

indessen von der Commission durch eine Reihe von Modificationen welche sie vorschlug, gehoben wurden. Der Reichsanwalt hat dieses Project den beteiligten Regierungen, der preußischen und der hessischen, mitgetheilt, und wenn auch bis jetzt noch kein offizieller Bericht über die Anahme, die dasselbe dort gefunden, vorliegt, so habe ich doch allen Grund, anzunehmen, daß es gebilligt werden und demnächst zur Ausführung gelangen wird. Allerdings ist damit die Aufgabe der Commission noch nicht vollständig erledigt, wenngleich das ihr ertheilte Commissorium zunächst ausdrücklich dahin gegangen ist, vorerst die Strecke Mainz-Bingen in Angriff zu nehmen; es liegt in der Natur der Sache und der Tendenz jenes Commissoriums, daß die Thätigkeit der Commission damit nicht abgeschlossen sein kann.

Inzwischen bin ich nicht in der Lage, in bestimmte Aussicht zu stellen, daß nun jetzt unverzüglich die Commission mit der weiteren Untersuchung der Zustände auf dem Rhein fortfahren werde. Abgesehen davon, daß die übrigen Strecken des Rheins nicht zu solchen Klagen Anlaß gegeben haben, hat nämlich der preußische Minister für die öffentlichen Arbeiten vor Kurzem eine Organisation ins Leben gerufen, der zufolge für die Hauptströme der preußischen Monarchie, also auch für den Rhein, Schiffsahrt-Commissionen bestehend aus ständigen, d. h. technischen und administrativen, und nichtständigen, d. h. auf Vorschlag der Handelsstämme, landwirtschaftlichen Vereine u. s. w. bestellten Mitgliedern, eingesetzt werden sollen; durch das vom Minister hierfür vorgelegten Verfahren wird es möglich sein, daß alle Wünsche und Klagen in Bezug auf die preußischen Strecken ihre Prüfung und eventuelle Erledigung finden. Man könnte einwenden, daß damit für die außerpreeußischen Gebiete des Rheins nichts gewonnen sei. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß im weiteren Ausbau dieser Organisation das Ziel einer deutschen Rheinstrombehörde erreicht wird. Jedenfalls wollen wir diese Organisation zugleich ins Leben treten und wirken lassen.

Auf Antrag des Abg. Thilenius tritt das Haus in eine Besprechung des Gegenstandes ein.

Abg. Dr. Thilenius: Als Mitglied der erwähnten Commission kann ich nur die Bedeutung ihrer Berufung in vollem Umfang anerkennen und muß meinen Dank für die Art und Weise ihrer Leitung, sowie für das Entgegenkommen aussprechen, das wir, die Vertreter der Uferinteressen, bei den Technikern gefunden haben. Wir haben die Uferstände in dem bisherigen Stromregime nicht nur beprochen, sondern auch, soweit das thunlich ist, an Ort und Stelle von ihnen Einsicht genommen. Der Herr Staatssekretär hat bereits mitgetheilt, daß ein Einverständnis in der Commission erzielt worden sei; aber gerade dieser Punkt könnte zu einem Mißverständnis Anlaß geben. Nach seinen Ausführungen soll die Commission einfach auf das Project von 1873 zurückgegangen sein und namentlich auf die Forderungen, welche eine völlige Entfernung aller bisherigen Correctionswerke verlangen und eine Beschränkung der Stromregulierung auf die Baggerung, die in den letzten Jahren in der That mit einigem, sogar sehr gutem Erfolg ins Werk gesetzt wurde, einfach verzichtet haben. Es könnte darnach scheinen, als ob die Commission das Project von 1873 wieder aufgenommen hätte; aber davon war sie hinniedrig entfernt. Genaue dieses Project war ja immer der hauptsächlichste Stein des Anstoßes gewesen: es verlangte im Interesse der Schifffahrt eine Einschränkung des Rheins auf 450 Meter Breite gegen 1200, wie sie jetzt besteht. Hätte die Commission diesem Project auch nur entfernt zugestimmt, so hätte sie die berechtigten Klagen des Rheingaus einfach unberücksichtigt gelassen und das ist doch in keiner Weise geschehen. Leider liegt bis jetzt keinerlei offizielle Veröffentlichung über ihre Verhandlungen vor, namentlich wäre zu wünschen, daß der Bericht ihres Vorträgers an den Reichsanwalt publicirt würde. Die Rheingauvertreter haben auf das Allerentschiedenste dagegen protestiert, daß das Project von 1873 durchgeführt wird. Die Schiffsahrtinteressenten

Correction, so weit sie ausgeführt ist, und vor allen Dingen durch den alten Plan die Gefahr der Hochwasser gesteigert werde.

Man ist außerdem auch durch die Erfahrungen in diesem Frühjahr wieder darauf hingewiesen worden, daß es doch sehr nothwendig sein möchte, auch einmal die jetzt schon regulierten Strecken am Oberhafen, namentlich in Baden, Bayern und einem Teile von Hessen, genau darauf zu untersuchen, welchen Einfluß sie auf die Beförderung der Wassergeschwindigkeit, des Abflusses der Hochwasser haben. Mit diesen Correctionswerken da oben ist allerdings die Uferbewohner sehr einverstanden. Auch die Schiffsahrtinteressenten haben in Biebrich geradezu verlangt, daß die Strecke Mainz-Bingen auf die gleiche Wassertiefe gebracht werde, wie sie zwischen Mainz und Mannheim bereits erreicht sei. Ein sehr großer Fehler des bisherigen Stromregimes am Rhein liegt darin: jeder Uferstaat macht seinen Plan für sich, er fragt nicht nach seinem Nachbar, weder nach dem oberhalb noch nach dem unterhalb. Je mehr man den Strom oben einengt und oben drein die Wasser der Ill in rapiderer Weise als bisher, was durch Regulierungsarbeiten nothwendig geschehen wird, dem Rhein Wasser zuführt, dann muß natürlich auch das Geschiebe, was dort mehr in den Rhein gespielt wird, im Rheingau in verstärktem Maße abgelagert werden. (Sehr richtig!) Andererseits würde es den unterhalb des Rheingaus belegenen Stromstrecken ebenso geben, wenn man im Rheingau den Strom verstärken wollte, so daß alles mit großer Gewalt nach unten geht. Hier vor allen Dingen ist ausgleichende Gerechtigkeit nothwendig, die nur vom Reihe ausgenommen kann. Nur unter seiner Initiative läßt sich ein günstiger Erfolg erwarten. Ich erkenne ja vollkommen die guten Intentionen an, die in der uns mitgetheilten preußischen Commission resp. Institution zur Überwachung des Stromregimes liegen; aber das ist eben nicht ausreichend. Man kann wohl im Allgemeinen abwarten, was die preußische Organisation zu Wege bringt, allein das, was für den Rheingau noch thut, dessen möglichst baldige Durchführung wäre sehr erwünscht, und ich will hoffen, daß die neue preußische Organisation uns vorwärts helfen werde. Über ich wiederhole, zu aller und jeder Zeit wird vom Rheingau aus, auch selbst jetzt, nachdem eine Vereinigung durch allseitigen guten Willen erzielt ist, immer der gleiche Widerspruch erhoben werden, sowie man nur irgendwie Miere macht den Wasserstand im Rheingau tatsächlich zu verkleinern. Ich hätte sehr gewünscht, die Erklärung der Regierung hätte so gelautet, daß das Reich von sich aus auf dem betretenen Wege, die Verhältnisse des Rheines nach einheitlichem Plan zu gestalten, forschreiten wolle. Es handelt sich da ganz besonders auch um internationale Beziehungen, die ich aber in diesem Augenblick nicht berühren will.

Staatssekretär v. Bötticher: Wenn der Vorredner bedauert hat, daß meine Erklärung nicht im Sinne einer einheitlichen Correction des Rheinstromes von Reichs wegen gelautet habe, so kann ich ihm nur erwidern, daß dieses Ziel von uns vollkommen getheilt wird, daß wir aber im gegenwärtigen Augenblick glauben abwarten zu müssen, welche Maßnahme die Commissionsbeschlüsse bei den anderen Staaten finden werden, und ob nicht die Organisation der preußischen Regierung zur Befestigung der Misstände führen wird.

Abg. Schröder (Friedberg): Die Intention des Hauses bei dem vorjährigen Beschuß ging dahin, daß generell über den Zustand des Rheins Untersuchungen ange stellt würden. Der Staatssekretär sagte nun, wir sollten abwarten, was die anderen Staaten zur Abstellung der Beschwerden thun würden; Thatache ist aber, daß eintheiliges Vorgehen in dieser Beziehung für die Unterlieger geradezu gefährlich ist, und wir können deshalb die Reichsregierung nur wiederholte ersuchen, in der Sache weiter fortzufahren und ihre Untersuchungen mindestens von Mannheim abwärts zu beginnen. Es werden die unterhalb liegenden Adjacenten in Preußen-Raßau nur dankbar dafür sein können, wenn die Regulierung und die Planstellung dafür genau nach einem und demselben System aufgenommen und durchgeführt werden. Die Leistungen der Rheinschiffahrt-Commission sind durchaus unzureichend. Es ist Thatache, daß die sogenannten Rheinschiffahrt-Controleure nichts zu thun haben, als in einzelnen Fällen wegen eines Durchlasses, wegen einer Brücke u. s. w. sich zu äußern; größere Gefügspunkte liegen ihnen fern; die Bureaucratie, der grüne Tisch, die Actennummern spielen dabei eine Hauptrolle. Auch die Spazierfahrten, die von der Rheinschiffahrt-Commission jährlich auf dem Rhein unternommen werden, sind erfahrungsmäßig nicht ausreichend, um den vorhandenen, besonders auch von der Landwirtschaft empfundenen Uebeln nahe zu treten. Es ist keine Kleinigkeit, wenn nicht ein Dutzend, sondern mehrere Dutzend und noch mehr Gemeinden fortwährend in wichtigen Interessen durch drohende Überschwemmungen, Versandungen u. s. w. auf das Neufeste gefährdet sind, zum Theil durch die jetzigen Corrections oder auch durch den Mangel an Corrections. Wir bitten deshalb einerseits um die Fortsetzung der Arbeiten der vorjährigen Commission, andererseits um die Befestigung des jetzigen Zustandes der Beaufsichtigung des Rheins und statt dessen, auf Grund des Art. 4, um die Schaffung eines nationalen und der Sache entsprechenden Instituts. Was für den Rhein gilt, gilt auch für andere Flüsse des Deutschen Reiches; es ist an der Zeit, in dieser Hinsicht in centralisirtem Sinne einzutreten.

Abg. Nordoe: Wenn zweckmäßig reguliert werden soll, so kann man nicht an einzelnen Theilen, sondern muß im Ganzen vorgehen. Bei uns am Rhein hat die Wasserbautechnik gemacht und vermag den alljährlich wiederkehrenden Überschwemmungen gegenüber nicht viel auszurichten. Es ist daher Pflicht des Reiches, die Sache allein in die Hand zu nehmen und es ist jedem einzelnen Staat zu überlassen, zu corrigen, wie er will. Nur, wenn diese Frage im Zusammenhang zur Lösung gebracht wird, kann etwas Erfreuliches dabei herauskommen.

Abg. v. Schalscha: Obgleich gewisse elementare Ereignissen gegenüber menschliche Hilfe absolut nicht ausreicht, so ist es doch nötig, daß die Staaten der Strom- und Flußflaumregulierung ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden. Es wurde uns in den vorigen Jahren versprochen, daß eine Commission in Frankreich und Amerika Studien anstellen solle über das, was in dieser Frage zu thun. Vergeblich habe ich heute auf eine Auskunft vom Regierungstisch über den Erfolg dieser Commission gehofft. Unterdessen mehrheitlich die Calamitäten in Folge der Überschwemmungen von Jahr zu Jahr, ihre Wirkungen erstrecken sich nicht bloß auf die Landwirtschaft, die Schifffahrt und Fischerei, sondern auch auf den Gesundheitszustand ganzer Gegend. Wie durch das gegenwärtige System der Wasserableitung, durch Anlegung von Buhnen und Dämmen die Interessen der Schifffahrt gefördert werden sollen, ist mir als Laien unverständlich. Die dadurch bewirkte Ablagerung und Stauung des Wassers hemmt im Gegentheil die Schifffahrt, statt sie zu heben. Dies System muß vor allen Dingen als unrichtig betrachtet und das Vorgehen nach demselben sofort sistirt werden. Dies liegt nicht allein im Interesse der Rheinbewohner, sondern aller Staaten, in welchen diese Frage schwelt. Es würde sich empfehlen, wenn in die Commission nur solche Berufs- oder empirische Techniker berufen werden, welche in das alte System nicht verwöhnt sind.

Abg. Dr. Reichenberger (Krefeld): Die Regelung dieser Frage ist eine überaus weitgreifende und schwierige. Ich will mich nicht als Fachmann oder als eigentlicher Sachverständiger aufstellen; ich werde mich auch wohl hütten zu wiederholen, was der Abg. von Nordoe gesagt hat, daß die Strombautechnik am Rhein geradezu Banterott gemacht hat. Vor allem kommt es bei der Stromregulierung darauf an, daß die Dämme nicht, wie es am Rhein fast den Anschein hat, eigentlich nur einer ornamentalen Charakter haben, so daß sie bei einem eintretendem Hochwasser keinen Widerstand leisten können. Ich erkenne an, daß wir der Reichsregierung eine überaus schwierige Aufgabe stellen, wenn wir ihr zumuthen, die Stromregulierung in die Hand zu nehmen, namentlich auch in Bezug auf den östlichen Gefügspunkt. Sehr schwer fällt namentlich der Umtauf in die Wagsdale, daß gewisse Ortschaften durch die bisherige Rheinregulierung geradezu Gefahr laufen, vom Rhein abgeschnitten zu werden — was namentlich der Mittelwasser liegen. 2) Es ist unausbleiblich, daß mit der Zeit die außerhalb der Einschränkungslinien liegenden Stromteile, die zu beiden Seiten der 450 Meter bleibenden Flußteile, verlanden werden, gleichgültig ob die Oberläufe der Einschränkungslinien liegen. 3) In Folge der Regulierung müssen sich die höchsten Wasserstände etwas steigern. Es ist eine sette Sorge der Rheingauer, daß durch die bisherige

Jahrmänner, sondern vor allem auch diejenigen Leute gehören müßten, welche bisher bittere Klagen erheben haben. Rämentlich möchte ich betonen, was auch schon der Abg. von Schalchow hervorgehoben hat, daß man bei der Auswahl der Commissionmitglieder erfahrene Wasserbaumeister zu Rathe zieht und nicht etwa, wie es in Koblenz geschehen ist, einen Wasserbaumeister aus dem Norden Preußens beruft. Ich hoffe, daß wir in der nächsten Session, in welcher zweifelsohne die Frage wieder zur Sprache kommen wird, vom Regierungsrath aus hören werden, daß wir auf dem Wege zum rechten Ziele hin wieder um einen bedeutenden Schritt vorwärts gekommen sind. (Beifall.)

Abg. Thilenius: Ich erkenne das Vorgehen Preußens in dieser Frage dankbar an und bedauere nur, daß der von Nassau vorgelegte Plan der Flußregulirung an dem Widerstand der Strombewohner gescheitert ist. Dem Abg. Reichenberger bemerkte ich, daß der von ihm genannte Ort, welchen die Trennung vom Rheine droht, durch die neue Maßregel herangezogen werden soll. Ich habe ihn nicht erwähnt, weil ich den ganzen Arm nur in seinem Ausfangs- und Endpunkte genannt habe.

Abg. Germig (badischer Baudirektor): Die vorliegende Frage hat für den Reichstag, der Fonds für Wasserbauten nicht hat, nur mehr ein gegebeneres Interesse. Die Reichsverfassung bestimmt, daß dem Reiche die Ströme unterstehen. Sie werden sich erinnern, daß ich eine einheitliche Regulirung der Ströme im Interesse der Schifffahrt scharf betont und gebeten habe, statt der Rheindampfschiffsscommission eine umfassendere Behörde im Sinne der Reichsverfassung zu schaffen. Man hätte sich heute nicht so sehr auf das Detail einzulassen sollen. Dem Herrn Collegen von Rabenau ist genügt ein lapsus linguae passirt, wenn er sagte: die Wasserbaufunktion hat am Rhein entschieden bankrot gemacht; es bezog sich diese Aeußerung, wie ich von ihm vernommen, nur auf seine Heimat. Dann möchte ich noch betonen, daß, wenn Sie noch so viel Commissionen ernennen, und noch so viel im Reichstage interpellieren, Sie dennoch nicht vom Fleck kommen, wenn Sie es nicht so machen, wie wir es in Baden gemacht haben. Wir haben an der Hand vorzüglicher Wasserbaumeister Werke geschaffen, welche die Bewunderung der ganzen civilisierten Welt und namentlich der Techniker hervorgerufen haben. Ich will als den Patienten nicht den Schiffsfahrer, den Bäcker oder den Grundbesitzer verstehen, sondern den Rhein, an dem so viele Doctoren herumgedreht.

Wenn Sie diejenigen Patienten Rhein nach seinen Eigenbasten fragen, so wird er Ihnen sagen, daß, was wir häufig an ihm für Krankheit ansehen, ist eben seine Natur. Glauben Sie ja nicht, daß Sie mit Baggen etwas Regelmäßiges schaffen, und daß Sie alle Interessen mit einander vereinigen können. Wie wollen Sie im Altheingau bei dem geringen Gefälle einen schönen Schiffsahrtskanal offen halten und nebenan eine zweite, dreimal so große Fläche im Wasser halten, während die Natur und das Hochwasser des Rheins, welches Schlamm und Samen von Weiden und anderen Pflanzen mitbringt, gründlich dafür sorgen, daß eine Erhöhung an den Orten eintritt, wo die Geschwindigkeit des Wassers eine geringere ist. Also, meine Herren, die verschiedenen Interessen, die hier vorhanden sind, die Schiffsfahrt, die Verhinderung der Verlandung, der schöne Wasserriegel für eine hübsche Landschaft, der Nestler der Sonnenstrahlen für das Gediehen der Traubenzüge, sind zu vereinigen. Dann bitte ich Sie, seien Sie etwas milde mit den Technikern, die Sie stets als die leichten Uebelhäter erklären. Geben Sie Gelde an die Einzelstaaten her, machen Sie es wie wir in Baden, die wir einen großen Aufwand für die Sache gemacht haben, dann werden Sie mit dem Patient Rhein zufrieden sein. Wir im Reichstage können schwierig in den nächsten Decennien, solange die Reichsverfassung besteht, Mittel für den Rhein bewilligen. Ich wünsche, daß der Reichstag bloß dahin wirke, daß eine Ansicht über die Ströme und die schiffbaren Flüsse des Deutschen Reiches im Sinne der Reichsverfassung wirklich und thätig ausgeführt werde.

Damit ist die Interpellation erledigt. Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Offenheitlichkeit der Verhandlungen und die Geschäftssprache des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen.

Abg. Guerber: Gegen die Vorlage sind in Elsaß-Lothringen gewichtige Bedenken laut geworden, indem man dieselbe von dem Gesichtspunkte aus betrachtet, wie wenige der Mitglieder des Landesausschusses wohl im Stande sein würden, sich correct in deutscher Sprache auszudrücken und zu debattiren. Als die Vorlage im Landesausschuß befandt wurde, da trat das Gefühl einer allgemeinen Verblüfftheit ein, da war man der Ansicht, daß das Princip der Offenheitlichkeit durch die alleinige Anwendung des Deutschen illusorisch gemacht würde. Und in der That, wenn Sie diese Vorlage annehmen, so ist es gerade so, als wenn man jemandem einen Telefon giebt, ihm dann aber einen Kolben vor den Mund setzt und sagt, nun rede in die Offenheitlichkeit hinein. Bisher wurden die Verhandlungen im Landesausschuß so geführt, daß die Vertreter der Regierung ihre Vorträge in deutscher Sprache hielten, die Landesvertreter französisch darauf antworteten, und daß dann die Verhandlungen in französischer und deutscher Sprache veröffentlicht wurden. Die Beibehaltung dieses Zustandes müssen wir durchaus fordern. Denn wenn Sie bedenken, daß die meisten Mitglieder des Landesausschusses und so auch der größte Theil der Bevölkerung wohl im Hause etwas deutsch gelernt haben, doch aber ihre ganze Erziehung und Bildung eine französische, und daß namentlich die Sprache aller Geübten die französische ist, so wird Ihnen klar werden, daß nur Wenige im Stande sein würden, das Deutsche gewandt zu sprechen, und daß daher nur in französischer Sprache eine Debatte möglich ist. Und welcher Grund liegt denn vor, den bisherigen Zustand nicht mehr beizubehalten? Wenn gleich in den ersten Jahren nach der Annexion sich allerdings die Besten des Landes in den Schmollwinkel zurückgezogen hatten, so haben sie sich, als sie einmal ans diesem herausgetreten waren, redlich und treu an den Landesangelegenheiten beteiligt und dadurch nicht wenig zur Beruhigung des Landes beigetragen. Dies konnten sie aber nur unter der Bedingung, daß man sie die Sprache sprechen läßt, die sie verstanden und in der sie sich verständigen konnten.

Hätte man gleich im Anfange eine solche Vorlage gebracht, man hätte nicht 10 Mann in den Landesausschuß bekommen. So wie damals liegt aber heute noch die Sache. Denn diejenigen, welche in den Landesausschuß eingetreten sind, haben sich noch nicht mit der deutschen Sprache so vertraut machen können, um in dieser zu debattiren. Nun schlägt man zwar vor, die Herren sollten sich ihre Reden französisch ausspielen, sie ins Deutsche übertragen und dann vorlesen. Ein solcher Vorschlag ist beinahe kindlich. Was würde das für ein Parlament sein, vielleicht ein Stotterparlament! Ist denn aber dieses Recht, sich des Französischen zu bedienen, irgend wie gemischaucht worden? Denn wenn dies nicht der Fall ist, so liegt doch fürwahr kein Grund vor, diese Vorlage zu machen. Im Landesausschuß sind die Verhandlungen stets mit der größten Ruhe, mit dem strengsten Ernst und in den Formen der äußersten Höflichkeit geführt worden. Wenn ich an die heftigen Reden und an die Angriffe, die namentlich hier im Hause gegen die Regierungsvertreter gemacht wurden, denke, so befinden sich die Unterstaatssekretäre in Elsaß-Lothringen im Vergleich hierzu in einer beseidlerschen Lage, sie leben gleichsam wie in Arkadien. Es ist ja auch dort nicht alles glatt durchgegangen, wo aber ein Widerpruch auftrat, hielt er sich in makulösen Grenzen, es lag darin ein Stück alter französischer Höflichkeit. Niemals hat der Landesausschuß mit dem Gebrauch der französischen Sprache Unzug getrieben, und man befand sich bei dem bisherigen Verfahren sehr wohl. Würde aber diese Vorlage angenommen werden, dann würden sich die Mitglieder des Landesausschusses wieder in ihren Schmollwinkel zurückziehen, und das Land verlieren dann die Mitwirkung seiner besten und edelsten Männer. Man sollte sich doch hüten, solche Elemente auf die Seite zu schieben.

Würde aber auch ein Theil die Reden übersetzen und sie dann vorlesen, so würde das der Würde des Landesausschusses nicht entsprechen, und das Volk würde nicht glauben, seine Interessen ordentlich vertreten zu sehen. Ich hätte gewünscht, daß gerade die Unterstaatssekretäre, die in der Verwaltung von Elsaß-Lothringen thätig gewesen sind, gemäß ihren dort gesammelten Erfahrungen gegen die Vorlage aufgetreten wären. Gut Ding braucht Zeit, und heute ist die Vorlage entstiegen verfrüht, wenn Sie bedenken, daß Elsaß-Lothringen 180 Jahre unter französischer Herrschaft stand und erst seit 11 Jahren wieder zu Deutschland herangezogen ist. Darum nur keine Ungeduld, die das verderben könnte, was bisher erreicht worden ist. Die französische Sprache ist in Elsaß-Lothringen noch vorherrschend, und wenn Sie durch diese Vorlage von den 57 Mitgliedern des Landesausschusses 45, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, stumm machen, so werden diese nicht wirkliche Vertreter des Volkes sein, und ich bitte Sie deshalb, die Vorlage abzulehnen.

Abg. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg: Die Vorlage erachte ich als ein erfreuliches Zeichen der forschirenden Verständigung mit der Bevölkerung von Elsaß-Lothringen. Wenn ich nur auch nicht zugeben kann, daß Elsaß-Lothringen in politischer Beziehung als ein Arkadien zu betrachten sei, so muß ich doch anerkennen, daß der Landesausschuß bestrebt gewesen ist, alle allgemeinen und gefährlich wirkenden politischen Excursionen zu vermeiden. Allerdings waren die Verhandlungen in letzter Zeit etwas bestiger Natur und lassen sich nicht vollständig mit der französischen Höflichkeit vereinigen. Bei dem Zugeständnis ist, welches die Regierung im S-

tier Vorlage bezüglich der Offenheitlichkeit gemacht hat, hat sie allerdings streng darüber zu wachen, daß die Offenheitlichkeit nicht zu häbürstischen Reden, die jenseits der Westmarken Deutschlands Auflang finden könnten, missbraucht wird. Wenn der Vorredner die französische Bildung so besonders hervorhebt, so hat er damit bewiesen, daß die deutsche Bildung eine viel rationellere ist, wenn eine gesetzgebende Versammlung in Deutschland nach seiner Ansicht im Stande wäre, französisch zu discutiren, während eine Versammlung in einem Lande, was ursprünglich war, nicht einmal in einem Drittel oder Viertel im Stande sei, deutsch zu sprechen. (Sehr richtig!) Das beweist, wie nothwendig deutsche Bildung in Elsaß-Lothringen ist. Außerdem gehörte das Land jetzt schon 11 Jahre zu Deutschland und soweit sollte man dort das Deutsche wohl erlernt haben, um nicht eine deutsch geschriebene Rede herstellen zu brauchen. Eine ganz eignethümliche Zumuthung finde ich aber in dem Verlangen, daß deutsche Beamte in einer deutschen gesetzgebenden Versammlung sich der französischen Sprache bedienen und sie dazu erst lernen sollen. Ich bestreite dem Vorredner, daß ein großer Fehler der Bevölkerung nicht im Stande wäre, deutsch zu verhandeln. Es ist allerdings eine bekannte Thatache, daß die Mitglieder des Landesausschusses sich bloss der französischen Sprache bedient haben, und daß die deutschen Beamten genötigt waren, entweder französisch zu sprechen, oder wenn sie deutsch sprachen, ihre Reden für die öffentlichen Blätter französisch übergeben zu lassen.

Rum haben wir in unserer Mitte ein Mitglied aus Elsaß-Lothringen, das uns alle in Bewunderung setzt durch seine raude und seine Dialectik. Derselbe Herr bedient sich aber, so viel mir bekannt ist, nicht eines deutschen Wortes im Landesausschuß. (Hört, hört!) Wenn eine ganze Reihe dieser Herren nicht deutsch sprechen will, so haben uns dieselben selbst zu dieser Vorlage gezwingt. Mir scheint die Zulassung der französischen Sprache im Landesausschuß ein Beweis sehr großer Nachsicht. Wäre 1870 der Ausgang für uns ein unglücklicher gewesen, ich glaube nicht, daß Frankreich 10 Jahre gewarnt hätte, ehe man in dem eroberten Lande, z. B. der Rheinprovinz, die französische Sprache eingeführt hätte. Ich glaube nicht, daß französische Beamte sich die Mühe gegeben hätten, deutsch zu lernen, um in einem französischen Departement, wenn es auch ganz deutsch wäre, sich verständlich zu machen. Ich verweise auf die Erwerbungen Frankreichs im Anfange dieses Jahrhunderts, wie rasch diese deutschen Länder zur Annahme französischer Sprache und Sitte gezwungen wurden. Das war durchaus nicht ritterlich gehandelt. Ich erinnere Sie an Jerome von Westfalen, der während seiner ganzen Regierung nur die drei deutschen Worte gelernt hat: „morgen wieder lustig“, sonst hat er kein Wort deutsch mit seinen Untertanen sprechen können, und da wirst man uns Unrichtigkeit vorwerfen, wenn wir verlangen, daß ein ursprünglich deutsches Land sich bei den Verhandlungen über seine eigenen Verhältnisse deutsch ausdrücken soll. (Sehr gut!) Die Forderung, die durch diese Vorlage gestellt wird, ist eine durchaus billige, und ich glaube, daß es nur auf diesem Wege möglich sein wird, eine allmäßige naturgemäße Verschmelzung des Reichslandes mit dem deutschen Reiche herzuführen. Die Art und Weise, wie man dem Publikum die Verhandlungen des Landesausschusses dargelegt hat, ist für mich der herbstliche Vorwurf gegen die bisherigen Maßnahmen. Die Mitglieder des Landesausschusses haben französisch getroffen, die Regierungscommission zum Theil deutsch; die französischen Reden wurden schlecht ins Deutsche übersetzt, die deutschen schlecht ins französische.

Die offiziellen Blätter brachten in der einen Colonne die deutsche, in der anderen die französische Verhandlung, die nicht offiziellen brachten die Verhandlungen alle französisch. Die Folge war, daß die Reden der Regierungscommission schlecht wiedergegeben wurden und das Publikum unwillkürlich den Eindruck gewann, man habe eine französische Versammlung, die über unser Land entscheidet. Mir scheint, daß hierin noch eine sehr weitgehende Nachsicht Setsens der Regierung gefügt wird. Wenn der Vorredner darauf hingewiesen hat, daß durch die Verhandlung in deutscher Sprache ganz begabte Leute in den Schmollwinkel getrieben würden, so glaube ich doch, daß diese Leute gerade diejenigen sind, welche bei den öffentlichen Verhandlungen mittelst der französischen Sprache politische Ansichten auszusprechen wünschen, die nicht in den Landesausschuß hineingehören. Die Herren wissen sehr gut, daß mit einer deutschen Verhandlung es ihnen viel weniger möglich ist, sich häbürstischer Auslassungen zu bedienen, und daß das Echo, welches jenseits der Vogesen dadurch hervorgerufen wird, ein viel geringeres ist, wenn in deutscher, als wenn in französischer Sprache übergeuren wird. Die Reichsregierung ist den Wünschen des Landes nach meiner Ansicht Schritt für Schritt entgegengekommen, Sache des Reichslandes ist es jetzt, zu zeigen, daß es doch nach und nach an den Gedanken gewöhnt, mit Deutschland unloslich verbunden zu sein. Leider hat dieser Gedanke noch nicht allgemein Wurzel gefaßt. Je mehr indessen das Land sich daran gewöhnt, durch selbständige Regelung seiner Angelegenheiten für sein Wohl zu sorgen, um so mehr hoffe ich auch, wird es einsehen, daß es nicht so schlimm ist, in den Rahmen des Deutschen Reiches eingefasst zu sein. Der Herr Statthalter ist nicht mit zugelöptem Rock, eingetaucht in die Paragraphen der Gesetzesgebung von Elsaß-Lothringen, in dieses Land getreten, so daß man den Herzöglag und die Gemüthsstimming des Herrn Statthalters nicht hätte kennen können, nein, der Herr Statthalter ist dem Lande mit offenen Armen entgegengestanden und hat ihm beigegeben, wie warm das Herz Deutschlands für Elsaß-Lothringen schlägt. (Beifall.) Die Selbständigkeit dieses Landes ist bedeutend geträgt, die Presse ist sehr frei, und wenn man sagt, sie sei gefnebelt, so scheint das doch ein Beweis zu sein, wie wenig sie gefnebelt ist. Ich hoffe, daß mit der Annahme der Vorlage ein bedeutsamer Schritt weiter gemacht wird in der gegenseitigen Annäherung zwischen dem Mutterland und dem neu erworbenen Lande. (Beifall.)

Abg. Reichenberger (Krefeld): Es ist für mich gewissermaßen evidentlich, daß der erste Redner, wie ich die Ansicht habe, zu secundiren, da der selbe uns in der deutschen Sprache in so hohem Maße überlegen ist. (Heiterkeit.) Es wäre von den Herren aus Elsaß-Lothringen vielleicht billig gewesen, einen weniger gewandten Beherrscher der deutschen Sprache auf die Tribüne zu schicken, der von dem Rechte Gebrauch gemacht hätte, seine Rede abzulesen, da würden wir bald geungt gehabt haben. Ich teile nämlich nicht die Ansicht, daß die französischen Elsaß-Lothringen in ein paar Jahren so weit gelommen seien, eine deutsche Rede correct mit dem nöthigen Verständnis und der nötigen Betonung vorzulegen. Ich glaube auch, es wird nicht viele Mitglieder in diesem Hause geben, die im Stande wären, eine französische Rede so abzulesen, daß ein Franzose es gerne hört. Ein zweiter mißlicher Umstand für den, der gegen die Vorlage sprechen will, ist die Stelle der Motive, in der behauptet wird, es widerstreite dem nationalen Bewußtsein, daß in einem deutschen Reichslande die Geschäftssprache des Landesausschusses eine andere als deutsche sei; damit wird gewissermaßen jedem, der anderer Ansicht ist, das nationale Bewußtsein abgesprochen. Wir sind auf dem kirchenpolitischen Gebiete daran gewöhnt, daß man uns das nationale Gefühl bestreitet, doch halte ich es unter meiner Würde, mich gegen einen solchen Vorwurf zu vertheidigen. Wir, die wir in den Ländern sitzen, die die Wiege des deutschen Volkes sind, wissen sehr wohl, was das nationale Bewußtsein ist und werden ihm stets treu bleiben. (Zustimmung im Centrum.) Der Herr Vorredner hat anerkannt, daß besondere Mißlichkeiten durch den Gebrauch der französischen Sprache im Landesausschuß nicht hervorgetreten sind. Ich bin der Ansicht, daß wir heute noch den Standpunkt festhalten müssen, den der Reichskanzler in seiner ersten Rede nach der Annexion vertrat. Er sagte damals, man solle die Elsaß-Lothringen leben lassen, wie sie es gewohnt seien, und nur in den allergrößten Fällen in diese Gewohnheiten eingreifen.

Ich halte diesen Standpunkt heute noch für den richtigen, obgleich er

mir von der Elsaß-Lothringen Landesregierung in den letzten Jahren nicht immer eingehalten zu sein scheint. Ich habe eine bessere Idee als der Vorredner von dem deutschen Genius und der deutschen Bildung, als daß ich glauben sollte, es würde selbst in 20 Jahren im Landesausschuß das Deutsche sich noch nicht Bahn gebrochen haben. Ich meine, wir können füglich noch zunehmen. Zwingen wir den Landesausschuß die deutsche Sprache auf, so wird erfolgen, was der Abgeordnete Guerber sagt, daß die nur der französischen Sprache Mächtigen sich von den Verhandlungen zurückziehen, und geschähe es nicht, so würde doch der Unmut der selben darüber, daß man sie mundtot gemacht, der Germanisierung Elsaß-Lothringens nicht nur nicht nützen, sondern schaden. Wir müssen den französischen Redenden Gelegenheit geben, sich Luft zu machen. Wird das Geles angenommen, so kann es leicht zur Folge haben, daß hauptsächlich deutsch redende Beamte in Lothringen gewählt werden. Momentan würde das der Regierung vielleicht recht sein, auf die Dauer aber würde es nicht zum Segen gereichen, wenn die Regierung nur immer sich selbst hört. Ich begreife auch nicht, warum man gerade auf diesem Wege das Ziel gewissermaßen sprunghweise erreichen will. Es wäre angemessen gewesen, zuvor den Landesausschuß zu hören, denn die Sache ist doch gewissermaßen eine Geschäftssprachfrage. Dieser hätte eventuelle Auskunftsmitteilungen vorzuschlagen, damit wäre man vor den Reichstag getreten, und wir hätten dann besser über die Mittel zur Abbildung des bestehenden Zustandes urtheilen können. So weiß ich z. B. nicht, wie viele Mitglieder des Landesausschusses nur französisch sprechen; ist von Guerber angegebene Zahl 12—20 richtig, so wäre das eine erhebliche bei-

wir lehnen die Vorlage jetzt ab und hören vorher den Landesausschuß. Ich vertraue fest, daß dann ein Mittelweg zu finden ist, welcher nicht den bitteren Unmut hervorruft, den die Annahme der Vorlage hervorruft muss. Wenn man ferner glaubt, daß die französischen Reden gehalten werden, um damit die französischen Sympathien zu fördern, sie zu nähern, so glaube ich auch, daß es falsch ist, diese Reden durch die Einführung der deutschen Sprache tot zu machen. Es ist besser, sie öffentlich sprechen zu lassen, dann kann man sich dagegen wehren. Ich glaube auch, wir können in der Germanisierungstendenz um so bedachter vorgehen, als die jetzigen französischen Zustände dieser Tendenz geradezu Vorshub leisten. Wenn die glaubensstrennen Katholiken in Elsaß-Lothringen über die Grenze nach Frankreich blicken und sehen, wie die Communards feierlich einziehen, die Ordensbrüder aber aus ihren Asylen vertrieben werden, dann erhalten die Katholiken eine Lektion, welche ihnen die Sympathien für Frankreich austreibt.

Unterstaatssekretär v. Mayr: Eine feindselige Tendenz gegen den Landesausschuß liegt dem vorliegenden Gesetzentwurf vollständig fern, und es besteht keineswegs die Absicht, diejenigen Elemente, welche jetzt im Landesausschuß erfolgreich wirken, aus denselben hinauszutragen. Wir geben uns vielmehr der Hoffnung hin, auch diese Elemente künftig dem Landesausschuß zu erhalten. Ich muß auch ausdrücklich constatiren, daß mir nichts davon bekannt ist, daß die Absicht besteht, indirect durch dieses Gesetz Staatsbeamte in den Landesausschuß gewählt zu sehen. Es ist das eine rein theoretische Construction des Vorredners, von der ich heut zum ersten Male höre. Es läßt sich doch nicht bestreiten, daß das nationale Bewußtsein eine Weiterentwicklung in Bezug auf die Sprachverhältnisse im Landesausschuß gebietender fordert. Was die Zahl derjenigen betrifft, welche nur französisch sprechen mögen, so steht das Eine fest, daß die vom Abg. Guerber angegebene Schätzung von 12—20 unrichtig ist. Wenn das exclusive Element im Landesausschuß wirklich so stark vertreten wäre, so müßten ja schon jetzt die größten Schwierigkeiten der Verständigung zwischen den Regierungsvertretern und den Abgeordneten zu Tage getreten sein. Daß im Übergangsstadium Schwierigkeiten bestehen, gebe ich gerne zu. Ich möchte aber doch davor warnen, die französisch sprechende Minorität zu überhöhen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die weitaus große Mehrheit im Landesausschuß mit Erfolg deutsch discutiren kann, das zeigt die Erfahrung. So wenig ich das oratorische Moment in den parlamentarischen Verhandlungen unterschätze, so bin ich doch der Ansicht, daß in einer so kleinen parlamentarischen Versammlung, wie der Landesausschuß ist, dasselbe in den Hintergrund tritt und kurz und bündig ihre Ansicht auszusprechen, dazu sind, wenn auch vielleicht mit einem dialektischen Anstrich, wohl alle Mitglieder im Stande.

Herr Guerber hat Recht, daß im Plenum von den Abgeordneten bis jetzt nur französisch gesprochen wird, in den Commissionen zum Theil schon deutsch. Aber gerade das spricht dafür, daß dieser Übergangszeitpunkt für die Dauer unerträglich ist. Es haben auch schon vielfach Missverständnisse dadurch stattgefunden, daß die Regierungsvertreter, wenn sie auch der französischen Sprache mächtig sind, die Tragweite der französischen Reden nicht sofort zu überhauen vermöchten. Ich kann daher nicht angeben, daß der jetzige Zustand im geschäftlichen Interesse erträglich ist. Nun sagt Herr Guerber, wenn man die Abgeordneten zwinge, ausgearbeitete Reden vorzulegen, so sei dies ein kindlicher Vorschlag; man hätte dadurch ein Stotter-Parlament. Dem gegenüber mache ich darauf aufmerksam, daß das Vorlesen schon jetzt eine ständige Institution im Landesausschuß ist, deutsch vorlesende habe ich allerdings nicht gehört, aber französisch Reden werden mit Vorliebe vorgelesen. (Hört, hört!) Was Herr Reichenberger will, daß man allenfalls als Stillstand bezeichnen, während doch selbst aus den Äußerungen des ersten Redners hervorgeht, daß die Elsaß-Lothringen-Sprachverhältnisse sich seit der Annexion entwidert haben und weitere Fortschritte rechtfertigen. Von einer Germanisierung kann bei der Majorität der Bevölkerung nicht die Rede sein, denn dieselbe spricht überwiegend deutsch. Die Erinnerung, die Sache der freien Entwicklung zu überlassen, ist in diesem Falle nicht anwendbar, denn wir haben gesehen, daß die parlamentarischen Sprachverhältnisse in Elsaß-Lothringen nicht vorwärts kommen, daher ist dieser Gesetzentwurf nothwendig. Den Landesausschuß in dieser Frage zu hören, wäre möglich gewesen, so lange derzeit nur eine berathende Körperschaft war, jetzt aber, wo er ein wohltätiger Factor der Gesetzgebung ist, kann man ihn als berathende Körperschaft in einer Frage, die vom Reiche definitiv entschieden wird, nicht zu ziehen. Bitte, nehmen Sie den Entwurf an, der nur das wohlerwogene Interesse des Landes im Auge hat.

Hierauf wird die Discussion vertagt.

Der Präsident von Gößler schlägt für die Tagesordnung der nächsten Sitzung eine ganze Reihe von unwichtigeren Gegenständen und den Rest der heutigen Tagesordnung vor.

Abg. Eyoldt macht darauf aufmerksam, daß die Wahlprüfungs-Commission vor den Ferien die Mandate der drei Abgeordneten Fürst Hohenlohe-Dehringen, Dr. Friedenthal und von Schleidmann für ungültig erklärt habe; die Commission habe vorläufig auf eine Berichtserstattung verzichtet, weil gesagt wurde, die drei Abgeordneten würden in den Ferien ihre Mandate wiederlegen. Das ist nur seitens eines Abgeordneten (des Dr. Friedenthal) geschehen. Redner bittet den Präsidenten, dahin zu wirken, daß die Berichte über diese Wahlprüfungen möglichst bald fertig gestellt und auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Abg. La porte bemerkt

confirte mit dem Kriegsminister von Kamke, dem Chef der Admiralität von Stosch und dem General-Adjutanten von Albedyll. Danach empfing Se. Majestät den kaiserlich russischen General Grafen Schuhvalow.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] ertheilte gestern Mittags 12 Uhr dem Major a. D. Freiherrn von Dobeneck-Rehdorf Audienz. Nachmittags 5^{1/2} Uhr empfingen Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin den bisherigen Königlich Italienischen Militär-Attaché, Oberst-Lieutenant Osio. Abends besuchten die Herrschaften die italienische Vorstellung im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater. (R. A. v.)

= Berlin, 26. April. [Der Kaiser.— Graf Schuhvalow.— Großfürst Constantin.— Der Eindruck der Nachricht vom Ableben des Generals von der Tann.] Wie bereits berichtet, wird morgen die Besichtigung der Bataillone des 1. Garde-Regiments in Potsdam stattfinden. Dieselbe sollte durch den Kaiser persönlich vorgenommen werden; sollte der Kaiser nicht erscheinen, so würde die Besichtigung durch den commandirenden General erfolgen. — Graf Schuhvalow tritt heute Abend die Rückreise nach Petersburg an; er war gestern bei dem Fürsten Bismarck zur Tafel geladen, konferierte heute mit dem Botschafter von Saburon und wurde Nachmittags von dem Kaiser empfangen. — Donnerstag trifft übrigens der in letzter Zeit viel genannte Großfürst Constantin von Russland (der Onkel des jetzigen Czaren) auf der Durchreise nach Italien hier ein.

— Am Hofe, in militärischen, wie in weiteren politischen Kreisen hat der gestern in Meran erfolgte Tod des Generals von der Tann überaus große Theilnahme hervorgerufen. Die Verdienste des verewigten Heerführers in dem letzten Feldzuge haben ihm ein bleibendes ehrenvolles Gedächtnis in der Geschichte deutscher Heerführer gesichert und namentlich die besondere Werthschätzung unseres Kaisers gewonnen.

Δ Berlin, 26. April. [Heinrich Aucker †.] Die Fortschrittspartei hat in Heinrich Aucker, dem erst im Januar d. J. gewählten Landtags-Abgeordneten für Memel-Heydekrug, das einzige zur Zeit dem Abgeordnetenhaus angehörende Mitglied der kleinen Fraktion Junglithauen vom Jahre 1861, aus welcher die deutsche Fortschrittspartei hervorging, durch plötzlichen Tod verloren. Aucker hatte sich schnell wieder mit dem parlamentarischen Leben, dem er sich seit 1861 ferngehalten, so weit befreundet, daß er auf Anträgen seiner Freunde auch versprochen hatte, für Memel-Heydekrug zum Reichstage zu kandidieren. Man hoffte durch ihn, den in seinem Wirkungskreise bei Bürger und Bauer hochangesehenen Mann, endlich der Fortschrittspartei diesen nordöstlichsten Reichstags-Wahlkreis zu erobern.

[Parlamentarisches.] Der Abg. Ritter ist am Sonntag von seiner Erholungsreise nach Italien zurückgekehrt. Der Abg. Dr. Lasker wird auch in diesen Tagen zurückkehren. Es liegen dem Bureau des Reichstages bereits zahlreiche Urlaubsgesuche vor. — In parlamentarischen Kreisen ist man der "Secession" im deutschconservativen Lager keine große Bedeutung bei. — Wie die "Norddeutsche Zeitung" meldet, will Professor Dr. Baumgarten bei den nächsten Reichstagswahlen kein Mandat annehmen.

[Der Ausschuß des "Vereins für Socialpolitik"] hielt in den letzten Tagen eine Konferenz in Frankfurt a. M. Abt. Etwa die Hälfte der Mitglieder soll sich lebhaft gegen Prof. Schmoller's Schatzpolitis ausgeschlossen haben, u. A. auch Prof. Brentano.

[Die Reichsfonds.] Nach dem Ergebnis der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds für das Etatjahr 1879/80 ist eine Binfeneinnahme von 24,239,713 M. aufgekommen. Die Ausgaben betrugen für dieses Jahr 8,104,805 M., d. h. gegen den Etatsausg. weniger 622,971 M. Der Bestand belief sich am Schluß des Jahres auf 543,223,428 M. — Der Reichs-festungsbaufonds hatte eine Binfeneinnahme von 3,779,667 M. und eine Befank von 72,863,293 M. Aus diesem Fonds sind bis zum 1. April 1880 theils definitiv, theils vorsichtshalberweise 91,064,341 M. ausgegeben worden. — Der Reichstagsgebäudefonds hatte eine Binfeneinnahme von 1,310,217 M. und einen Bestand von 29,606,747 M. — Der Binfenertrag stellte sich beim Invalidenfonds auf 4,29 pCt., bei dem Festungsbaufonds auf 4,46 pCt. und bei dem Reichstagsgebäudefonds auf 4,33 pCt.

[Die hamburgischen Räder] erkennen, aufgrund einer von ihnen gefassten Resolution, die Deckschrift des Reichskanzlers, betreffend das französische Gesetz über die Handelsmarine als einem Beweis der Fürsorge und des Wohlwollens der Reichsregierung für ihr Gewerbe dankbar an, halten es aber im Interesse des deutschen Handels und der deutschen Räder für erforderlich, "daß von allen staatlichen Maßregeln zum Schutz derselben definitiv Abstand genommen werde." Die Resolution, welche in kurzer aber prägnanter Weise begründet wird, soll dem Reichstage alsbald übermittelt werden, da die Hamburger Räder, als Vertreter des bedeutendsten deutschen Schiffsvermögens, in erster Linie glaubten, zu der Frage, welche die Deckschrift antrete, Stellung nehmen zu müssen. Man darf neugierig sein, ob die nautischen Vereine — speziell auch derjenige Hamburgs — in gleicher Weise an der bisherigen ablehnenden Haltung gegenüber staatlicher Unterstützung festhalten werden. Uebrigens ist hervorzuheben, daß gerade die gegenwärtige Zeit, in welcher sich in Folge des Aufschwungs, den die Auswanderung leider genommen hat, die Erträge zahlreicher Rädervereine bedeutend gehoben haben, am allerwenigsten geeignet ist, das Vertrauen der deutschen Räder auf ihre eigene Tüchtigkeit zu erschüttern.

Telegramme.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Braunschweig, 26. April. Im Anschluß an die geistige Jubiläumsfeier fand heute Nachmittag die Einweihung des zur Erinnerung an den Krieg 1870/71 auf dem Lessingplatz errichteten Siegesdenkmals statt.

Leipzig, 26. April. Der bekannte Dichter Müller von der Werra ist heute gestorben.

Wien, 26. April. Der heute vor dem Kaiser stattgehabten Frühjahrsparade wohnten auch die Kaiserin, der Fürst von Bulgarien, der deutsche und der italienische Botschafter und sämtliche Militär-Attachés bei.

Haag, 26. April. Der Herzog von Braunschweig ist zum Ritter des Großkreuzes des Ordens vom Niederländischen Orden ernannt worden.

London, 26. April. Der heute stattgehabten feierlichen Besiegung der Leiche Lord Beaconsfields in Hughenden wohnten bei: der Prinz von Wales als Vertreter der Königin, ferner Prinz Arthur, Prinz Leopold, der Geheimsekretär der Königin, Ponsonby, zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Corps, alle Notabilitäten der conservativen und viele der liberalen Partei. Die Königin hatte prachtvolle Blumen für den Sarg Lord Beaconsfields gesendet.

London, 26. April. Die "Times" veröffentlichte eine Depesche aus Tunis vom 25. d., in welcher ihr Correspondent Mitteilungen über seine Unterredung mit dem Bey macht. Der Bey habe ihm sein Erstaunen darüber ausgedrückt, daß seine Stellung als Vajal der Porte jemals in Europa bestritten werden könnte: er habe stets auf das Gewissenhafteste alle Forderungen des Sultans, als seines Suzeränen, erfüllt und dieser habe ihm telegraphisch zwei Mal seine Zustimmung ausgesprochen. Der Bey erinnerte sodann an die Verträge mit den Mächten, welche allen Europäern in Tunis gleiche Rechte gewährleisten. Er habe indessen die Interessen Frankreichs wohl gekannt; die Regierung habe Frankreich niemals etwas verweigert, was sie ihm gerechter Weise hätte bewilligen können. Der französische Generalconfid. Rustan habe dem Bey während der letzten 13 Monate unabhängig das französische Protectorat vorschlagen, dessen Annahme die bestehenden Verträge und die Beziehungen zu dem Sultan dem Bey niemals gestattet würden. Der Bey habe sich daher geweigert, die Besetzung seines Gebietes durch französische Truppen zu sanctioniren und würde einer solchen niemals zustimmen. Er könne keinen militärischen Widerstand leisten, aber er werde protestieren und auf seinem Posten bleiben, um die öffentliche

Ruhe und Sicherheit aufrecht zu erhalten. Der Bey appellirt schließlich besonders an die Sympathie und das Wohlwollen Englands und Italiens und erklärt, er überlässe sein Schicksal der Gerechtigkeit Europas.

London, 26. April, Nachts. Unterhaus. Bradlaugh will den Eid leisten. Northcote beantragt, angesichts der früheren Vorgänge könne das Haus Bradlaugh nicht gestatten, von der Form abzugehen und die Worte des Eides zu wiederholen. Davy bekämpft den Antrag durch den Unterantrag, das Haus wolle nicht auf Grund einer äußeren Information ein Mitglied verhindern, die vorgeschriebenen Formalitäten zu erfüllen. Gladstone und Bright unterstützen Davy's Unterantrag, der unter dem Beifall der Conservativen mit 208 gegen 175 Stimmen verworfen wird. Bradlaugh weigert sich, das Haus zu verlassen. Da Gladstone keinen Antrag stellt, fragt Northcote Gladstone, ob er des Syrachers Autorität unterstützen wolle. Gladstone erklärt, er überlässe der Majorität die Action in dieser Sache. Northcote erwidernt, da Gladstone die Functionen des Führers des Hauses abgedankt habe, so beantrage er Bradlaugh anzusehen, sich zurückzuziehen. Der Antrag wurde angenommen. Bradlaugh protestiert, er weiche nur der Gewalt. Northcote weigert sich weiter in der Sache vorzugehen, es sei dies Sache der Regierung. Gladstone bestreitet dies. Die Majorität, die für die Resolution gestimmt, müsse die weiteren Schritte thun. Cowen beantragt die Vertagung des Hauses, da weder die Regierung, noch die Opposition den Beschluß des Hauses zu einem logischen Ende führen wolle. Cowens Antrag wird angenommen.

Lacalle, 26. April. Die Insel Tabarka wurde heute Vormittag von den Franzosen besetzt. Die Tunesen hatten die Insel verlassen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. L. B.) Paris, 26. April, Abends. [Boulevard.] 30% Rente —. Neueste Anleihe 1872 120, 35. Türk. 15, 30. Neue Egyptier 386, —. Banque ottomane —. Italiener 90, 20. Chemins —. Oester. Goldrente —. Ungar. Goldrente 101, 43. Spanier exter. 223/8, do. inter. —. Staatsbahn —. Lombarden —. 1877er Russen —. Türkloose 56, —. Türk. 1873 —. Amortisirbare —. Orient-Anleihe —. Pariser Bank —. Fest.

Frankfurt a. M., 26. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 492. Pariser Wechsel 80, 97. Wiener Wechsel 173, 55. Köln-Mindener Stamm-Aktion 151^{1/2}. Weinische Stamm-Aktion 163^{1/4}. Hessische Ludwigsbahn 93^{1/2}, Köln-Mind. Prämiens 131^{1/2}. Reichsanleihe 101^{1/4}. Reichsbank 149. Darmstädter Bank 153^{1/2}. Meiningen Bank 98^{1/2}. Oester.-Ungarische Bank 718, 50. Credit-Aktion² 283^{1/4}. Silberrente 67^{1/2}. Papierrente 66^{2/3}. Goldrente 81^{1/2}. Ungarische Goldrente 100^{1/2}. 1860er Loos 125^{1/2}. 1864er Loos 329, 80. Ungarische Staatsloose 227, 50. Ungar. Ostbahn-Obligation II. 92^{1/2}. Böhmisches Westbahn 255. Elsabahn 180^{1/2}. Nordwestbahn 182^{1/2}. Galizier 250^{1/2}. Franzosen² 275^{1/2}. Lombarden² 95^{1/2}. Italiener 90^{1/2}. 1877er Russen 93. 1880er Russen 76^{1/2}. II. Orientanleihe 60. III. Orientanleihe 59^{1/2}. Central-Pacific 112^{1/2}. Wiener Bankverein 117^{1/2}. Büchtelebrader —. Ungarische Papierrente —. Elbthal —. Lothringer Eisenwerke —. Privat-Discont — pCt. Spanier —. Anmunt.

Nach Schluß der Börse: Creditation 227^{1/2}. Franzosen 275^{1/2}. Galizier 249^{1/2}. Lombarden —. Oester. Goldrente —. Ungar. Goldrente —. 1880er Russen —. II. Orientanleihe —. III. Orientanleihe —. * per medio resp. per ultimo.

Samburg, 26. April, Nachtm. [Schluß-Course.] Preuß. 4proc. Confolis 101^{1/2}, Hamburger St.-Br.-A. 127^{1/4}, Silberrente 67^{1/2}, Oester. Goldrente 81^{1/2}, Ung. Goldrente 100^{1/2}, 1860er Loos 126^{1/4}, Credit-Aktion 283^{1/2}, Franzosen 690, Lombarden 24^{1/2}, Italien. Rente 89, 1877er Russen 93, 1880er Russen 75, II. Orient-Anl. 58^{1/2}, Laurahütte 108^{1/2}, Norddeutsche 168^{1/2}, 50% Amerik. 94^{1/2}, Rhein. Eisenbahn 163^{1/2}, do. junge 159, Berg-Märkische do. 115^{1/2}, Berlin-Hamburg do. 251, Altona-Kiel do. 164^{1/2}. Discont 2^{1/2} %.

Silber in Barren per Kilogr. 154, 75 Br. 154, 25 Gd.

Wechselnotierungen: London Lang 20, 36 Br. 20, 30 Gd., London kurz 20, 50 Br. 20, 42 Gd., Amsterdam 168, 10 Br. 167, 50 Gd., Wien 172, 75 Br. 170, 75 Gd., Paris 80, 30 Br. 79, 90 Gd., Petersburg 208, 00 Br. 204, 00 Gd., Newyork kurz 426 Br. 416 Gd., do. 60 Tage Sicht 418 Br. 407 Gd.

Hamburg, 26. April, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine ruhig. Roggen loco unverändert, auf Termine ruhig. Weizen pr. April-Mai 215, 00 Br., 214, 00 Gd., pr. Juli-August 215, 00 Br., 214, 00 Gd. Roggen pr. April-Mai 200, 00 Br., 198, 00 Gd., pr. Juli-Juni 214, 00 Br., 213, 00 Gd. Hafer u. Getreide unverändert. Rüb. ruhig, loco 55, 00, pr. Mai 55, 00. Spiritus still, pr. April 45^{1/2} Br., pr. Mai-Juni 45^{1/2} Br., pr. Juni-Juli 45^{1/2} Br., pr. Juli-August 46^{1/2} Br. Kaffee matt, Umsatz 1500 Sac. Petroleum still, Standard white loco 7, 70 Br., 7, 50 Gd., pr. April 7, 50 Gd., pr. August-Decr. 8, 05 Gd. — Wetter: Veränderlich.

Posen, 26. April. Spiritus pr. April 51, 80, pr. Mai 52, 00, pr. Juli 53, 20, pr. August 53, 70. Get. — Liter. Still.

Liverpool, 26. April, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Midd. Upland 55^{1/2} do. Midd. amerikanische Juni-Juni-Lieferung 5^{1/2} do. —

Liverpool, 26. April, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Midd. Upland 55^{1/2} do. Midd. amerikanische Juni-Juni-Lieferung 5^{1/2} do. —

Manchester, 26. April, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine ruhig. Roggen loco unverändert, auf Termine ruhig. Weizen pr. April-Mai 215, 00 Br., 214, 00 Gd., pr. Juli-August 215, 00 Br., 214, 00 Gd. Roggen pr. April-Mai 200, 00 Br., 198, 00 Gd., pr. Juli-Juni 214, 00 Br., 213, 00 Gd. Hafer u. Getreide unverändert. Rüb. ruhig, loco 55, 00, pr. Mai 55, 00. Spiritus still, pr. April 45^{1/2} Br., pr. Mai-Juni 45^{1/2} Br., pr. Juni-Juli 45^{1/2} Br., pr. Juli-August 46^{1/2} Br. Kaffee matt, Umsatz 1500 Sac. Petroleum still, Standard white loco 7, 70 Br., 7, 50 Gd., pr. April 7, 50 Gd., pr. August-Decr. 8, 05 Gd. — Wetter: Veränderlich.

Posen, 26. April. Spiritus pr. April 51, 80, pr. Mai 52, 00, pr. Juli 53, 20, pr. August 53, 70. Get. — Liter. Still.

Liverpool, 26. April, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.)

Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Midd. amerikanische Juni-Juni-Lieferung 5^{1/2} do. —

Liverpool, 26. April, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.)

Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Midd. Upland 55^{1/2} do. Midd. amerikanische Juni-Juni-Lieferung 5^{1/2} do. —

London, 26. April, Nachtm. [Schluß-Course.] Weizen ruhig, pr. April 29, 30, pr. Mai 29, 10, pr. Mai-August 28, 75, pr. September-December 27, 50. Roggen matt, pr. April 23, 50, pr. September-December 19, 75. Mehl ruhig, pr. April 63, 00, pr. Mai-August 62, 60, pr. September-December —. Rüb. matt, pr. April 72, 00, pr. Mai 71, 75, pr. Mai-August 72, 50, pr. September-December 74, 75. Spiritus matt, pr. April 60, 25, pr. Mai 60, 75, pr. Mai-August 60, 50, pr. September-Decr. 59, 00. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 26. April, Nachm. Rohzucker 88^{1/2} loco fest, 80, 25. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kgr. pr. April 71, 00, pr. Mai 71, 60, pr. Mai-August 72, 50, pr. October-Januar 63, 30.

London, 26. April, Nachm. Havannazuer Nr. 12 25. Fest.

Antwerpen, 26. April, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen weichend. Roggen fest. Gerste still. Gerste steigend.

Antwerpen, 26. April, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffineries, Type weiß, loco 20^{1/2} bez. und Br., pr. Mai 20 Br., pr. September-December 21^{1/2} Br. Fest.

Bremen, 26. April, Nachmittags. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 7, 70 bez., pr. April 7, 70 bez., pr. Juni 7, 80 bez., pr. August-December 8, 30 bez.

Weizen ruhig, pr. April 29, 30, pr. Mai 29, 10, pr. Mai-August 28, 75, pr. September-December 27, 50. Roggen matt, pr. April 23, 50, pr. September-December 19, 75. Mehl ruhig, pr. April 63, 00, pr. Mai-August 62, 60, pr. September-December —. Rüb. matt, pr. April 72, 00, pr. Mai 71, 75, pr. Mai-August 72, 50, pr. September-December 74, 75. Spiritus matt, pr. April 60, 25, pr. Mai 60, 75, pr. Mai-August 60, 50, pr. September-Decr. 59, 00. — Wetter: Bedeckt.

<

Berliner Börse vom 26. April 1881.

Fonds- und Geld-Course.

	Wechsel-Course.			
Deutsche Reichs-Anl.	4	101,50 bz		
Consolidirte Anleihe	41/2	105,50 bzG		
do. do. 1876	4	101,90 etbzG		
Staats-Anleihe	4	100,75 bz		
Staats-Schuldscheine	31/2	98,25 bz		
Präm.-Anleihe v. 1855	31/2	152,50 bz		
Berliner Stadt-Oblig.	41/2	102,80 bz		
Berliner	41/2	103,99 bz		
Pommersche	31/2	91,75 bz		
do.	4	101,00 bz		
do.	41/2	101,50 bz		
do. Lndch.Crd.	41/2			
Posensche neue	4	106,40 G		
Schlesische	31/2	92,80 G		
Lndsch. Central	4	100,90 G		
Kur- u. Neumärk.	4	101,00 G		
Pommersche	4	100,70 B		
Preussische	4	100,50 B		
Sächsische	4	100,80 G		
Badische Präm.-Anl.	4	134,10 bz		
Baderische Präm.-Anl.	4	135,50 bzG		
do. Anl.v. 1873	4	101,50 G		
Cöln-Mind.Prämsche	31/2	131,90 bz		
Sächs. Rente von 1876	3	80,10 G		

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

	Divid. pro	1879	1880	
Aachen-Mastricht	3/4	—	4	40,40 bzG
Berg.-Märkische . . .	41/4	51/4	4	114,70 bz
Berlin-Anhalt	5	6	4	123,60 bz
Berlin-Dresden	0	0	4	20,80 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	23,70 bz
Berlin-Hamburg	121/2	141/4	4	250,90 bz
Berl.-Potsd.-Magde.	4	—	4	—
Böhlm.-Westbahn	6	7	5	127,00 bz
Bresl.-Freib.	43/4	43/4	43/4	117,90 bz
Cöln-Minden	6	6	4	151,40 bz
Dux-Bodenbach	0	4	4	126,00 bz
Gal.-Carl-Ludw.-B.	7,738	—	4	125,20 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	24,40 bz
Kaschau-Oderberg	4	—	4	64,00 bz
Kronpr. Rudolfs.	5	—	5	72,10 bz
Ludwigs.-Bexx	9	9	4	205,90 bz
Mark.-Posener	0	0	4	29,60 bz
Magdeb.-Halberst.	6	6	4	152,00 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	4	4	93,80 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	100,70 B
Oberschl.-A.C.D.E.	99/5	104/5	31/2	203,50 bz
Oest.-Fr. St. B.	99/5	—	4	162,75 bz
Oest. Nordwestb.	4	—	5	365,00 bz
Oest.Süd.Lomb.	0	—	4	195,50-196,50
Ostpreuss. Süd.	0	0	4	37,90 bz
Rechte-O.-U.-B.	73/10	71/12	4	146,40 bz
Riehenberg-Pard.	4	6	4	68,00 bz
Rheinische	7	6	4	167,70 bz
do. Lit.B. (40/40 gar)	4	—	4	100,90 bz
Rhein.-Nähe-Bahn	0	0	4	17,00 bz
Ruman. Eisenbahn	35/5	31/3	31/3	63,50 bz
Schweiz-Westbahn	0	—	4	27,40 bz
Stargard.-Posener	41/2	41/2	41/2	103,00 G
Thüringer Lit. A.	41/2	—	4	176,00 bzG
Warschau-Wien	112/3	—	4	298,00 bz
Weimar-Gera	41/2	41/2	41/2	51,20 bzG

Ausländische Fonds.

	Oest. Silber-R. (141/4-141/2)	41/2	67,70 etbzB	
do. Goldrente	4	67,70 bzG		
Papiere	41/2	81,70 bzB		
54er Präm.-Anl.	4	—		
do. Lott. Anl. y. 60	5	125,50 bz		
Credit-Loose	fr.	33,00 bzG		
do. 64er Loose	fr.	145,50 G		
Russ. Präm. Anl. y. 64	5	142,25 bz		
do. do. 1886	5	55,50 bz		
Orient-Anl.y. 1877	5	59,50 bz		
do. II. do. v. 1878	5	60,10 bz		
do. III. do. v. 1879	5	59,60 bz		
Engl. v. 1871	5	91,50-60 bz		
do. v. 1872	5	91,50-60 bz		
do. Anleihe 1877	5	94,80 bzG		
do. do. 1889	5	75,90 bzG		
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	84,50 bzG		
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd.	5	79,70 B		
Russ. Poln.Schatz-Obl.	4	84,25 B		
Poln. Pfndb. III. Emt.	5	64,50 etbz		
Poln. Liquid.-Pfndb.	4	53,50 bzG		
Amerik. rückz. p. 1881	6	100,50 bz		
do. 50% Anleihe	5	100,50 G		
Ital. 50% Anleihe	5	90,40 tebzB		
Baab-Graz-100 Thlr.-L.	4	95,50 etbzB		
Rumänische Anleihe	8	109,23 bz		
Rumän. Staats-Oblig.	6	99,20 bz		
Türkische Anleihe	fr.	15,40 bzB		
Ungar. Goldrente	6	100,75 bzG		
do. Papierrente	5	78,90 bz		
do. Loose (M.p.t.)	fr.	229,50 bzB		
Ung. Invest.-Anleihe	5	95,30 bz		
Ung. 50% St.-Einsb.-Anl.	5	95,40 bz		
Finnische 10 Thlr.-Loose	50,30 bzG			
Türk.-Loose 46,00 bzG				

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

	Berlin-Dresden	0	—	5	58,25 bzG
Berlin-Görlitzer	31/3	31/3	—	5	83,75 bzG
Breslau-Warschau	31/2	—	—	5	50,50 bzB
Halle-Sorau-Gub.	31/2	—	—	5	97,75 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	5	—	—	5	48,40 bz
Märkisch.-Posener	5	5	—	5	104,00 bzG
Magdeb.-Halberst.	31/2	31/2	31/2	5	125,90 G
do. Lit. C.	5	5	5	4	105,50 bz
Marienburg-Mlawo	5	—	—	5	94,50 bz
Ostr. Südbahn	5	21/2	—	5	80,00 bzB
Oels-Gnesen	0	0	5	43,80 bzG	
Posen-Kreuzburg	23/4	—	—	5	68,60 bzG
Rechte-O.-U.-B.	73/10	71/12	5	44,10 bz	
Riesenberg-Crel.-Bank	6	4	4	103,10 bzG	
do. Reichsbank	6	4	4	103,20 bz	
Disc.-Comm.-Anth.	10	10	10	4	122,60 bz
do. ult.	10	10	10	4	193,60-94,00
Genossensh.-Bnk	7	7	4	4	119,50 bzG
Goth. Grundreder	5	5	4	94,00 bz	
do. junge	7	4	4	—	
Hamb. Vereins-B.	7	6	4	94,90 bz	
Hannov. Bank	41/2	6	4	105,70 B	
Königsb.-Verl.-Bank	5	4	4	96,75 G	
Ludw.-B. Kwikle	42/5	—	4	72,00 G	
Leipz. Cred.-Ainst.	10	9	4	150,20 bzG	
Luxemburg. Bank	10	81/4	—	4	137,00 bzG
Magdeburg. do.	51/5	54/5	4	114,50 bzB	
Meiningen. do.	5	4	4	98,50 bzG	
Nordd. Bank	10	10	4	169,00 G	
Nordd. Gründner-B.	0	0	4	61,00 bzG	
Oberlausitzer Bk.	42/3	55/6	4	94,70 G	
Oest. Cred.-Action	11/4	11/4	55/6	58,50-57,50	
Posener Prv.-Bank	7	7	4	119,50 B	
Pr. Bod.-Cr.Akt.	0	61/2	4	106,75 bzG	
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	91/2	81/2	4	126,00 bz	
Preuss. Immob.-B.	71/2	71/2	4	112,75 bzG	
Sächs. Bank					